

Niederlande planen neue AKWs – und setzen Deutschland unter Druck

Von Michael Gassmann, Daniel Wetzel

Die Regierungspartei in den Niederlanden denkt über den Bau von bis zu zehn Kernreaktoren nach. Anders seien die Klimaziele von Paris nicht erreichbar. Diese Atom-Renaissance erhöht den Rechtfertigungsdruck für die deutsche Energiepolitik.

Die Niederlande prüfen den Wiedereinstieg in die Kernenergie in großem Stil. Im künftigen Energiemix muss Atomkraft nach Ansicht der Regierungspartei VVD von Ministerpräsident Mark Rutte eine Rolle spielen, um die Klimaerwärmung aufzuhalten und die Versorgungssicherheit zu garantieren.

Wirtschaftsminister Eric Wiebes stellte dem Parlament in Den Haag diese Woche in einem offiziellen Schreiben die Ergebnisse einer Studie der Beratungsgesellschaft Enco vor, die einen zügigen Aufbau neuer Nuklearkapazitäten empfiehlt. „Die Analyse zeigt, dass Kernenergie für die Zeit nach 2030 eine der kosteneffizientesten Optionen bei CO₂-freier, regelbarer Kraftwerksleistung darstellt“, schreibt Wiebes.

Die niederländische Atomrenaissance erhöht den Rechtfertigungsdruck für die deutsche Energiepolitik. Die Bundesregierung hatte unter dem Eindruck der Tsunami-Folgen im japanischen Fukushima den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen. Doch Hochwassergefahren lösen in den Niederlanden offenbar keine vergleichbaren nuklearen Ängste aus, obwohl hier sogar ein Viertel der Landesfläche unter dem Meeresspiegel liegt.

Der niederländische VVD-Abgeordnete Mark Harbers brachte in einem Interview mit der Zeitungsgruppe „AD“ den Bau von drei bis zehn neuen Kraftwerken ins Gespräch. „Wenn wir in den Niederlanden in den kommenden Jahren nicht die Kernkraft reaktivieren, können wir unsere Unterschrift unter die Klimaziele von Paris gleich streichen“, sagte Harbers. Um in den 30er-Jahren die ersten neuen Meiler in Betrieb nehmen zu können, müsse der erste Spatenstich für das Startprojekt bereits um das Jahr 2025 herum erfolgen.

Energiemarkt-Beobachter befürchten auch in Deutschland schon kurzfristig eine Strom- oder zumindest Ökostrom-Lücke, von der nicht klar ist, wie sie geschlossen werden kann. Nötig wäre eine Vervielfachung des Ausbautempos alternativer Erzeugungstechniken wie etwa der Windkraft.

Die jedoch stößt wegen ihres großen Platzbedarfs im dicht besiedelten Deutschland immer öfter auf Widerstand betroffener Anwohner und Naturschützer. Die CO₂-freie Atomkraft gilt in Deutschland trotz stark verbreiteter Klimaängste gleichwohl als Tabuthema. Deutsche Politiker wirkten zuletzt sogar auf die Stilllegung grenznaher Atomkraftwerke in den Nachbarländern wie Frankreich und Belgien hin.

Das letzte niederländische Atomkraftwerk soll 2033 stillgelegt werden

Kritik an der Kernkraft gibt es auch in den Niederlanden, sie war jedoch nie so heftig und weltanschaulich aufgeladen wie in Deutschland. In einer repräsentativen Umfrage unterstützte etwa die Hälfte der niederländischen Bevölkerung den Bau neuer Reaktoren.

Eines von früher zwei Kernkraftwerken ist derzeit noch in Betrieb. Dabei handelt es sich um den Standort Borssele, der mit einer Leistung von 485 Megawatt etwa vier Prozent des niederländischen Strombedarfs deckt. Die Kapazität reicht, um beispielsweise eine große Stadt zu versorgen. Der deutsche RWE-Konzern ist mit 30 Prozent an Borssele beteiligt.

Die Laufzeit des 1973 in Betrieb gegangenen Reaktorblocks ist vor wenigen Jahren bis 2033 verlängert worden. Borssele war seinerzeit der erste Auftrag des aus den Kernkraftsparten von Siemens und AEG fusionierten Unternehmens Siemens-KWU. Technisch ist die Anlage eine vergrößerte Weiterentwicklung des deutschen Kernkraftwerks Obrigheim, das 1969 den kommerziellen Betrieb aufnahm und 2005 abgeschaltet wurde.

Der Enco-Report kommt zu dem Ergebnis, dass – vergleichbar gerechnet – Strom aus neu errichteten Kernkraftwerken nicht teurer sei als Elektrizität aus erneuerbarer Energie. „Die Studie stellt fest, dass die Systemkosten von Wind- und Solarenergie in den Kosten nur unzureichend verarbeitet werden“, schreibt Wiebers an das Parlament in Den Haag.

So würden die Anschluss- und Netzwerkkosten sowie der Aufwand für die permanente Herstellung des Gleichgewichts zwischen Stromerzeugung und -nachfrage bei Wind- und Sonnenstrom über die Netzbetreiber an die Verbraucher weitergereicht.

Die günstigste Methode, den CO₂-Ausstoß zu senken, bestehe in der Verlängerung der Lebensdauer eines Kernkraftwerks. „Dies ist günstiger als Sonne und Wind“, zitiert der Minister die Studie. Kernenergie sei – gemessen an der produzierten Energiemenge – zudem „die sicherste Methode der Stromerzeugung“. Angesichts einer Lebensdauer von 60 bis 80 Jahren spielten Investitionen in den sicheren AKW-Betrieb bezogen auf die Kilowattstunde keine entscheidende Rolle.

Die niederländische Energiewirtschaft ist durch die auslaufende Gasförderung geprägt. Die Nutzung des größten europäischen Gasfeldes bei Groningen wird jetzt eingestellt, da die Förderung hier 2018 Erdbeben ausgelöst hatte. Zugleich versucht die Regierung, eine zu große Abhängigkeit von russischem Erdgas zu verhindern.

Auf die Niederlande komme bei der Energieversorgung eine gewaltige Aufgabe zu, sagte Harbers. Der Strombedarf werde in den nächsten Jahren angesichts des Ausbaus der Elektromobilität, der Nachfrage durch voraussichtlich 800.000 weitere Wohnungen und eines wachsenden Wasserstoff-Einsatzes in der Industrie steigen.

Es sei generell unrealistisch, einen Anteil von mehr als 70 Prozent durch Wind- und Solarstrom decken zu wollen. „Den Rest können wir nicht endlos im Ausland einkaufen“, so der Politiker. Außerdem stören ihn die optischen Auswirkungen der Anlagen: „Die Niederlande als Kram-Land, das will ich nicht.“

Bis zu zehn Milliarden Euro Baukosten für ein Atomkraftwerk

Die Enco-Studie basiert auf wissenschaftlichen Dokumenten und Berichten internationaler Organisationen. Der Klimarat der Vereinten Nationen (IPCC) hatte vor zwei Jahren die Meinung vertreten, ein Ausbau der Kernkraft sei zur Erreichung der Klimaziele erforderlich.

Ein IPCC-Szenario hält sogar eine Verfünffachung der globalen Atomstromproduktion bis 2050 für notwendig. Laut der Internationalen Energieagentur (IEA) war Kernenergie noch 2018 mit einem Anteil von zehn Prozent die zweitgrößte CO₂-freie Stromquelle der Welt, nach Wasserkraft, aber vor den „neuen“ erneuerbaren Wind und Solar, die zusammen auf neun Prozent kamen.

Die Regierung in Den Haag will im nächsten Schritt untersuchen lassen, welche Rahmenbedingungen erforderlich sind, um Energieunternehmen zum Bau von Atomreaktoren zu veranlassen. Ein entsprechender Antrag des VVD-Fraktionschefs Klaas Dijkhoff wurde in der vergangenen Woche durch vier weitere Parlamentsparteien unterstützt. Harbers schätzte die Baukosten eines Kernkraftwerks auf acht bis zehn Milliarden Euro.

Die deutsche Grünen-Politikerin Sylvia Kotting-Uhl, Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit im Bundestag kritisierte die niederländischen Pläne: „Auf dem Papier lässt sich der Neubau von AKWs möglicherweise billig und sicher rechnen, die Praxis lehrt das Gegenteil.“

Das zeigten „die horrenden Kostenexplosionen und Sicherheitsmängel beim Bau der Reaktoren in Frankreich und Finnland“, erklärte Kotting-Uhl gegenüber WELT: „Rechnet man die in den Niederlanden ungelöste Endlagerfrage und wie bei allen AKW-Bauten die notwendigen milliardensubventionen mit ein, bleibt auch dort Atomkraft ökonomisch und ökologisch ein Irrsinn.“

Nachdem der niederländische Staat den Ausbau von Wind- und Solarenergie mit mehreren Milliarden Euro bezuschusst habe, müsse auch über neue Subventionen für die Kernenergie nachgedacht werden, forderte der VVD-Abgeordnete Harbers. Enco bringt in seiner Studie auch kleine modulare Reaktoren (SMR) mit jeweils bis zu 400 Megawatt Leistung ins Spiel, die aus atomaren Schiffsantrieben abgeleitet sind.

Obwohl sie noch nirgends das kommerzielle Stadium erreicht haben, könnten sie eine attraktive Alternative zu großen Kernkraftwerken darstellen. Die modulare Bauweise senke die Baurisiken und vereinfache die Finanzierung.